

Ulbrichts unverbindliche Perspektive

Schaumschlägerei um einen seltsamen Fünfjahresplan

Die III. Parteikonferenz der SED hat — wie erwartet — über drei Punkte Klarheit gebracht: 1. Der neue Fünfjahresplan bedeutet eine verschärfte Aufrüstung unter minimalsten Zugeständnissen an den Lebensstandard der Bevölkerung, 2. die Sowjetzonenregierung hat kein neues Programm zur Deutschlandpolitik vorzulegen, und 3. der Parteiapparat ist politisch schwerer angeschlagen, als es den äußeren Anschein hat. Die SED wird nun an die Arbeit gehen. Es gilt den Fünfjahresplan in die Tat umzusetzen, die Bevölkerung für ihn zu interessieren. Es gilt, die politische Untervandierung der Bundesrepublik in großem Stil voranzutreiben. Und nicht zuletzt wird es darum gehen, die inneren Widersprüche im Lager der SED im Laufe der nächsten Monate Zug um Zug zu bereinigen, damit sich die Parteiführung auf die außen- und innenpolitischen Hauptaufgaben konzentrieren kann.

Wer mit Konferenz-Delegierten sprach, konnte die große Enttäuschung spüren, die das Umgehen wichtiger Punkte seitens der Parteiführung mit sich brachte. Die Perspektive, die von Ulbricht aufgezeigt worden ist, bleibt unverbindlich.

Der neue Fünfjahresplan birgt drei hauptsächliche Versprechungen: 1. die Erhöhung des Reallohnes bis 1960 um 30 Prozent, 2. die Einführung des Sieben-Stunden-Tages, sobald „die Sicherstellung der Planziele erreicht ist“, 3. eine Rentenerhöhung für das Jahr 1957.

Demgegenüber stehen die Steigerung der industriellen Bruttoproduktion auf 155 Prozent des Standes von 1955, die Erhöhung der Arbeitsproduktivität gegenüber 1955 um 50 (!) Prozent und die weitere Verlagerung des industriellen Schwergewichtes zugunsten der Grundstoff- und Rüstungsindustrien. Die Rationierung der Lebensmittel wird grundsätzlich gebilligt und aufrechterhalten.

Ist der Plan „utopisch“?

Bei oberflächlicher Betrachtung mutet dieser Plan angesichts der sowjetzonalen Wirtschaftslage fast utopisch an. Für die SED aber ist er eine Notwendigkeit. Das heißt, daß er erfüllt werden muß! Die SED

geht dabei von einer einfachen Überlegung aus: Deutschland hat zweimal unmenschliche Leistungen vollbringen müssen, was seine Industriekapazität anbetrifft. Einmal in den letzten Kriegsjahren, zum zweiten Male im Wiederaufbau nach dem Krieg. Die Arbeiter in Ostdeutschland sind nicht schlechter als die in der Bundesrepublik. Sie arbeiten nur unter schlechteren Bedingungen. Bessere Bedingungen vermag ihnen die SED nicht zu schaffen. So verspricht sie etwas, was einen Bruchteil dessen darstellt, das die SED aus dieser Leistungssteigerung profitiert.

Die SED geht von der Spaltung Deutschlands aus. Auf Ackerboden will sie Hüttenwerke bauen, weil sie das Ruhrgebiet nicht bekommen konnte. Die Sowjets haben das auch gemacht und ihre Bevölkerung hat dementsprechend gelebt. So ist wenig „Gigantisches“ an diesem Plan. Er holt einfach das Letzte aus Menschen und Maschinen heraus. Das „Wirtschafts- und Sozialprogramm“ Ulbrichts ist, so primitiv es anmutet, ein abgefemter Betrug. Was heißt 30prozentige Steigerung des Reallohnes bis 1960? Wir kennen die Berechnung des „Reallohns“ im Osten. Auch ein Akkord-

arbeiter kann seinen Reallohn — so er physisch dazu in der Lage ist — um 100 Prozent steigern! Außerdem dürfte es der Masse der Sowjetzonenbewohner wenig nützen, wenn die SED in einigen Zweigen der Rüstungsindustrie notgedrungen Spitzenlöhne zahlt und diese dann statistisch auf die Zahl der Gesamtverdiener umlegt. Ganz abgesehen davon, daß 1956 selbst Ulbricht noch nicht wissen kann, wie es 1960 aussehen wird. Auch die Aufhebung der Kartenrationierung war für 1952 versprochen worden...

Leere Versprechungen

So geht es hier weniger um mehr oder weniger utopische Planziffern. Dem sowjetzonalen Arbeiter bleibt ja vorerst gar nichts anderes übrig, als nach diesen Ziffern zu arbeiten, wenn er leben und verdienen will. Die SED wird seinen Arbeitstag auf sieben Stunden reduzieren, sagt sie. Aber nur, wenn er „die Planerfüllung garantiert“.

Die Rentner aber mögen rätselfeln, ob ihnen die SED 1957 fünf oder zehn Mark mehr ins Portemonnaie legen wird. Ihr Lebensstandard dürfte sich dadurch nicht wesentlich verschieben. So ist wieder einmal „alles drin“. Die SED hat alles und nichts versprochen. Hart sind nur die Planziffern, die in den nächsten Wochen in die Betriebe gehen. Nach ihnen wird der „Sozialismus“ aufgebaut, den Ulbricht auf ganz Deutschland ausdehnen will, „wenn die Zeit reif ist“ dafür. Ein anderes politisches Konzept, mit dem man sich noch befassen muß. Das offizielle, von der SED vorgelegte Fünfjahrplan-Dokument — ohne Zahlen versteht sich — beginnt mit Ulbricht und endet mit einem Goethe-Zitat. Man sollte es aufmerksam lesen.

J. B. Gradl

Diese Selbstkritik fehlte

Vor einer Woche noch beherrschten die sensationellen Nachrichten aus Moskau die Hauptzeilen der Zeitungen und Kommentare. Inzwischen sind andere Themen in den Vordergrund gerückt. Aber die vollzogene Entgötterung Stalins durch die Führer des Kommunismus wird weiterhin diskutiert, und zwar nicht nur in den Kreisen, die sich aus Berufung oder Beruf mit Politik befassen.

Die Gedanken und Gespräche konzentrieren sich letzten Endes immer auf dieselbe Frage: Was hat das Abrücken von Stalin, die Anerkennung verschiedener Wege zum Sozialismus, das Beschwören kollektiver Führung zu bedeuten? Ist das nur ein taktischer Kurswechsel, wie es deren viele in der Geschichte des Kommunismus seit 1917 gibt? Oder sind die Geschehnisse ein Ausdruck tieferen Wandels der sowjetkommunistischen Politik? Auch die Äußerungen anerkannter Sachverständiger lassen erkennen, daß man diese Fragen bisher eigentlich nur mit neuen Fragen beantworten kann.

Zwei Seiten

Das Gefühl herrscht allerdings vor, daß diesmal in Moskau etwas anderes als bloße Taktik gemacht wird. Es scheint so, als ob der gewalttätige Imperialismus Stalins, der den sowjetkommunistischen Einfluß so weit ausgedehnt hat, nun abgelöst werden soll von einer weniger brutalen Politik der Konsolidierung des bisher Erworbenen und wirtschaftlicher Expansion. Wäre es so, so würde das vielleicht verlockend in den Ohren derer klingen, die von Stalins Eroberungen nicht erfaßt worden sind. Aber ihnen gegenüber stehen jene, die von der Roten Armee seit 1944 in das kommunistische Lager einbezogen worden sind und dort mit genau den Methoden festgehalten werden, die Chruschtschow an Stalin verurteilt hat. Wir brauchen nur an die siebzehn Millionen vor den Toren

Berlins zu denken. Die wahren Prüfsteine der sowjetischen Vorgänge liegen hier, nicht in dem unfriedeten Gehege kommunistischer Parteitage in Moskau oder Pankow.

Wenn Chruschtschow wirklich eine neue kommunistische Phase eröffnen will, wie es die selbstbewußte Zielsetzung wirtschaftlicher und technischer Überwindung des hochindustrialisierten Westens scheinen läßt, dann ist damit jedoch noch nicht für die nichtkommunistischen Länder Ruhe und Frieden gewährleistet. Offenbar deutet die sowjetische Führung ihren neuen Kurs auf friedliche Koexistenz nicht so, daß nunmehr auch ihr politisch-ideologischer Kampf außerhalb des Sowjetreiches eingestellt wird. Was seit dem Moskauer Parteitag in dieser Hinsicht zu vernehmen war, läßt auf bewußte Fortsetzung dieses Kampfes schließen. Und da Kampf nicht um seiner selbst willen geführt wird, sondern um etwas zu erreichen, um zu siegen, ist auch so betrachtet bisher kein Anlaß für die nichtkommunistische Welt, sich Illusionen hinzugeben.

Zunächst haben wir die 3. kommunistische Parteikonferenz in Ostberlin zu analysieren. Der kollektiv getarnte Parteidiktator Walter Ulbricht war der erste Parteisatellit Moskaus, der — am 4. und am 18. März — offen die antistalinistische Parteilinie zu vertreten hatte, vielleicht weil er Stalin besonders hörig war. Ulbrichts Schwenkung ist bereits vom Zentralkomitee der SED öffentlich gebilligt worden. Von oben her ist also auf der Parteikonferenz vorgesorgt und von unten sind offene Revolten nicht zu erwarten, denn natürlich wird niemand aus den Reihen der Delegierten so mutig sein, kritische Gedanken auszusprechen.

Keine schöne Erinnerung

Doch ist anzunehmen, daß der eine oder andere Delegierte noch undressierte Gedanken zu haben und sich zu erinnern vermochte. Zu erinnern zum Beispiel an die 2. Parteikonferenz vor vier Jahren. Damals schloß Ulbricht die Konferenz mit den Worten: „Wir werden siegen, weil uns der große Stalin

führt.“ Das Zentralorgan der Partei verzeichnet dazu „minutenlang begeisterte Ovationen“. Es registrierte auch „stürmischen Beifall und Hurrarufe“ nach den Worten „es lebe unser Freund und unser großer Lehrer, der Genosse Stalin“. Im „Beschuß“ jener Parteikonferenz hat man sich dann noch einmal bekannt zu „dem Führer der Völker, dem großen Stalin an der Spitze“ und befohlen, „in der gesamten Parteischulung das Studium der Werke des Genossen Stalin noch gründlicher durchzuführen“.

Wie gesagt, das geschah unter der Führung von Ulbricht vor knapp vier Jahren. Sicher wird sich mancher Delegierte nicht des Gedankens erwehren können, daß Urteilsfähigkeit und Charakter eines Parteiführers nicht eben groß sein können, wenn er sich so korrigieren muß wie Ulbricht jetzt...

Wenn Ulbricht vor vier Jahren noch nicht den Mut hatte auszusprechen, was er wußte, warum hat er es dann nicht wenigstens vor zwei Jahren getan, auf dem letzten Parteitag der SED im April 1954? Damals war doch Stalin schon tot und Herr Ulbricht allmächtiger Parteiführer in einem sogenannten deutschen demokratischen Staat, der sich just der vollen Souveränität brüstete, die man von der Sowjetunion erhalten hatte. Auch da hat Ulbricht noch geschwiegen über die Fehler, den Wahnsinn und die Barbarei des „genialen Lehrers“, als welchen Pieck den toten Genossen auf dem Parteitag verehrte.

Er hat es gewußt

Dieser Ulbricht gehörte zu dem inneren Kreis Stalins. Er war in den entscheidenden Jahren in Moskau. Er wurde als erster Beauftragter im April 1945 in das zertrümmerte Berlin geflogen. Dieser Mann kann nicht behaupten, daß er das alles nicht gewußt habe, was jetzt nachträglich dem vorgeworfen wird, der dreißig Jahre Führer und Vorbild des Kommunismus war. Deshalb konnte Ulbricht es jetzt auch nicht wagen, sich selber als irreführend hinzustellen, Statt dessen gibt er auf die Frage seiner

(Fortsetzung Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Keine Zusammenarbeit mit SED

Ollenhauer lehnt entschieden ab

Berlin (Eigenmeldung). Der SPD-Vorsitzende Ollenhauer hat eine Zusammenarbeit seiner Partei mit den Kommunisten oder ihren Hilfsorganisationen erneut abgelehnt. Die veränderte Haltung der Sowjetunion und der kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern ändere nichts am Wesen der Kommunisten, erklärte er in einem Interview. Daher bleibe auch die „grundsätzliche Gegnerschaft“ zwischen SPD und KPD bestehen.

von Danzig unterwiesen. Die Ägypter zeigen sich offen in Uniform auf der Straße, wo sie von britischen Seeleuten gesehen wurden.

Der Sprecher des britischen Außenministeriums teilte ferner mit, daß tschechoslowakische Offiziere ägyptische Luftwaffenangehörige auf Flugfeldern in der Nähe von Alexandria an Flugzeugen aus dem Sowjetblock ausbilden.

Für stärkere Kontakte

Berlin (Eigenmeldung). In einem Schreiben an den Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses, Willy Brandt, das vor Beginn der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses verlesen wurde, hat das Kuratorium Unteilbares Deutschland zur Förderung menschlicher Begegnungen über die Zonengrenze hinweg aufgefordert.

Botschafter Haas bei Bulganin

Ein ungewöhnlicher Besuch

Moskau (AP/DPA). Der sowjetische Ministerpräsident Bulganin hat den ersten Botschafter der Bundesrepublik in Moskau, Dr. Wilhelm Haas, zu einer Unterredung empfangen, in deren Verlauf die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik erörtert wurden.

Wie ein Sprecher der deutschen Botschaft mitteilte, handelte es sich um einen Höflichkeitsbesuch, um den Haas gebeten hatte. Der Besuch bei Bulganin dauerte etwa 20 Minuten; er ist nach Ansicht diplomatischer Kreise in Moskau für einen neu angekommenen Botschafter ungewöhnlich.

Einzelheiten über den Inhalt

der Unterredung wurden nicht bekannt. Haas teilte lediglich mit, daß er Grüße des Bundeskanzlers überbracht und mit Bulganin über den Gesundheitszustand Dr. Adenauers gesprochen habe.

Haas wurde vor dem Hotel National, in dem er wohnt, von einem SIS-Wagen Bulganins mit militärischer Eskorte abgeholt und zum Kreml gebracht. Hinter dem SIS-Wagen fuhr der Mercedes des Botschafters mit schwarzrotgoldener Flagge am Ständer.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2, Druck: W. Büxenstein, GmbH.

Polen drillt Nassers Offiziere

London (AP). Wie das britische Außenministerium bekanntgab, hat es zuverlässige Berichte erhalten, nach denen „eine beträchtliche Zahl von Ägyptern“ in Polen militärisch ausgebildet wird. Dieser Vorgang werde bei der Festlegung der britischen Nahost-Politik berücksichtigt werden.

Hierzu wird in London bekannt, daß es sich um 200 ägyptische Offiziere und Unteroffiziere handelt, die zu Lande, zur See und in der Luft ausgebildet werden. Ein Teil von ihnen wird auf einem sowjetischen Stützpunkt in der Nähe

Robert Schuman an den Osten

Schlußkundgebung der NEI — Reale Friedensgarantien

Berlin (Eigenmeldung). Robert Schuman, der frühere französische Außenminister, der seinerzeit mit Konrad Adenauer die große deutsch-französische Verständigungspolitik einleitete, hielt auf der Schlußkundgebung der Internationalen Union christlicher Demokraten (NEI) in Berlin eine große politische Rede. Unter der Leitung von Ernst Lemmer sprachen ferner der italienische Professor Bettiol, Vorsitzender des auswärtigen Ausschusses der italienischen Kammer, der belgische Minister De Schryver und Georg Kiesinger, der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des deutschen Bundestages.

In seiner temperamentvollen Rede setzte der italienische Professor Bettiol auseinander: Hier haben wir erkannt, wie sehr Berlin ein Teil von uns selbst ist, denn nur wo die Fahne der Freiheit weht, da ist unsere Heimat.

Georg Kiesinger analysierte in glänzender Weise auf Grund seiner Moskauer Erfahrungen die sowjetischen Absichten. Bei uns denkt niemand daran, so sagte er, der Sowjetunion von außen her unser System aufzuzwingen. Wenn die Sowjetunion tatsächlich Frieden will, wer wäre bereiter als wir, diesen Frieden zuzugestehen. Europa wird jede echte Geste der Russen begrüßen, die den Alldruck kommenden Kriege von der Welt nimmt. Aber solange die empörende Tatsache der Unfreiheit und der Unterdrückung bis an unsere Tore reicht, sehen wir keinen echten Willen der Sowjets zur Koexistenz.

Die Schlußrede hielt Robert Schuman in deutscher Sprache, immer wieder von lautem Beifall der 700 Anwesenden überschüttet. Er sagte, Frankreich habe ja schon seine Erfahrungen

gen mit der Koexistenz gemacht, als nach dem Kriege die französischen Kommunisten in der Regierung saßen. Diese Erfahrungen seien wenig erfreulich gewesen.

Wir sind uns der Unerbittlichkeit der kommunistischen Gewaltanwendung durchaus bewußt, sagte Schuman. Trotzdem müssen wir aber nach den Bedingungen fragen, zu denen es eines Tages zu normalen Beziehungen in der Welt kommen kann. Für uns kann es einen Frieden nur in voller Freiheit und in voller Gleichberechtigung

als freie Vereinbarung geben. Wir sehen aber immer wieder die sowjetischen Methoden der politischen Brunnenvergiftung. Der Frieden mit Rußland kann nur auf ganz realen Garantien aufgebaut werden.

Wir begrüßen die jetzigen Besuche, sagte Schuman weiter, wir begrüßen auch die Masseninvasion russischer Politiker überall in der Welt, aber, ist dies alles nicht die Folge davon, daß wir stärker geworden sind? Haben die Russen nicht seinerzeit die Blockade aufgegeben, nachdem der Atlantikpakt und der Europarat zustande gekommen waren? Ein neutralisiertes Deutschland würde in kurzer Zeit dem Kommunismus ausgeliefert sein. Dies ist der Grund, warum wir uns unter keinen Umständen von den Pakten und Verträgen in Europa lossagen können, die wir in den letzten Jahren geschlossen haben. Wir werden mit viel Geduld und Beharrlichkeit dahin kommen, wohin wir kommen wollen.

Deutsche Frage vor die UN!

Forderung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland

Bonn (Eigenmeldung). Auf seiner letzten Sitzung in Bonn forderte das Kuratorium Unteilbares Deutschland in einer Entscheidung die Vereinten Nationen auf, die deutsche Frage aufzugreifen und ihr Gewicht für die deutsche Wiedervereinigung einzusetzen.

Zu diesem Zweck soll Bundeskanzler Adenauer, Außenminister von Brentano, Bundesminister Kaiser, die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen und

die Ministerpräsidenten der Länder zu einer Aussprache mit dem Kuratorium eingeladen werden.

In einer anderen Entscheidung wird festgestellt, daß die Machthaber der Sowjetzone ihre Abkehr vom Stalinismus vor dem ganzen deutschen Volk nicht besser beweisen könnten als durch die Freilassung aller politischen Gefangenen in ihrem Gewahrsam.

Maßregelung in Tiflis

„Unfähigkeit in der politischen Arbeit“

Moskau (DPA/AP). Obwohl amtliche sowjetische Stellen nach wie vor Studenten-Unruhen in Tiflis im Zusammenhang mit der Diffamierung Stalins abstreiten, werden jetzt Ereignisse bekannt, die zweifellos auf vorangegangene Unruhen schließen lassen. So wurde der Parteizellenleiter an der Universität Tiflis entlassen wegen „Unfähigkeit in der Partei und in der politischen Arbeit“. Die Tifliser Zeitung „Sarja Wostoka“ hat außerdem gegen ihn und

den Rektor der Universität scharf Stellung genommen und ihnen vorgeworfen, daß sie die Studenten nicht zur Arbeit und Disziplin angehalten hätten. Die Studierenden hätten ein Fernbleiben von den Vorlesungen organisiert und seien stattdessen geschlossen ins Kino gegangen. Diese Beschäftigung hätten sie den Vorlesungen über Marxismus und Leninismus und den dialektischen Materialismus vorgezogen.

IG Metall lehnt ab

Frankfurt (AP). Eine Einladung des Zentralkomitees der sowjetischen Metallarbeitergewerkschaft, an den 1.-Mai-Veranstaltungen in Moskau teilzunehmen, ist vom Vorstand der IG Metall abgelehnt worden. In der Begründung hierfür heißt es: „Die IG Metall lehnt es ab, sich an Veranstaltungen von Organisationen zu beteiligen, die nur dem Namen nach Gewerkschaften, in Wirklichkeit jedoch nichts anderes als Hilfstruppen der forcierten Ausbeutung der Arbeiterschaft in der Sowjetunion sind.“

So sind sie wirklich:

Verschwörer im Zentralkomitee

Am 22. Januar 1954 verkündete das Zentralkomitee der SED den Parteiausschluß der Genossen Zaisser und Herrnstadt. Zaisser rollte zu diesem Zeitpunkt schon in die Sowjetunion und Herrnstadt arbeitet immer noch als Archivar in einer kleinen thüringischen Stadtbibliothek. Anton Ackermann, Theoretiker des „deutschen“ Weges zum Sozialismus, wurde aus dem Zentralkomitee exmittiert und erhielt eine strenge Rüge. Lediglich Hans Jendretzky und Elli Schmidt, die Frauenbund-Vorsitzende, kamen mit einer einfachen Rüge davon. „Die von diesen Genossen gebildete feindliche Plattform hatte eine Veränderung der vom ZK gebilligten Parteiführung zum Ziel.“ Verschwörer im Zentralkomitee?

Am vergangenen Sonnabend „Verschwörer“ Jendretzky als erster der damals Verurteilten wieder auf der Tribüne des SED-Zentralkomitees — als Mitglied einer achtköpfigen „Kommission zur breiten Entfaltung der Demokratie in der DDR“. Verschwörer Jendretzky wird die Parteistrafen der Jahre 1950 bis 1955 zu überprüfen haben. Seine eigene dürfte als erste gestrichen sein. Ulbricht persönlich schüttelte ihm zu dieser Ernennung die Hand. Jendretzky wurde zum „Mann des Tages“ auf der Ostberliner Parteikonferenz.

Thälmanns „Kontaktmann“

Jendretzky wird im Juli 59 Jahre alt. Seit 1915 in der Gewerkschaftsbewegung, gehört er zu den Mitbegründern von „Spartakus“ und KPD. Sein politisches Tätigkeitsfeld waren die Gewerkschaften, auf die er maßgeblichen Einfluß nahm. In Thälmanns Auftrag versuchte er die Aktionseinheit zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitgliedern herzustellen. Im damaligen Zentralkomitee der KPD unterhielt er ein eigenes Büro, von dem aus eine direkte Verbindung zu dem Moskauer Zentralrat der Sowjetgewerkschaften bestand. Zahlreiche

HANS JENDRETZKY



Streikaktionen der zwanziger Jahre gehen auf seine Initiative zurück.

Nach 1933 ging Jendretzky in die Illegalität, wurde verhaftet und zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt. Anschließend hielt man ihn im KZ Sachsenhausen fest. 1945 wurde er Stadtrat in Ostberlin. Bereits während dieser Zeit organisierte er das neue Führungszentrum der künftigen Einheitsgewerkschaften. 1946 übernahm er als 1. Vorsitzender den sowjetzonalen FDGB. Nicht zuletzt seinen alten Kontakten aus der Weimarer Zeit und dem KZ gelang es, die Zonengewerkschaft zusammenzuhalten und sogar zahlreiche sozialdemokratische Funktionäre über den wahren Charakter dieser Organisation zu täuschen. 1948, als die Lage in Berlin prekär zu werden begann, wurde Jendretzky 1. Sekretär der damaligen SED-Landesleitung Berlin. Was ihm im FDGB gelungen war, sollte sich nun am Schnittpunkt der Ost-West-Politik praktizieren. Eine „Aktionseinheit“ zwischen SED, SPD und DGB sollte die von der SED selbst herbeigeführte Spaltung der Stadt für die Kommunisten günstiger gestalten.

Ulbricht wurde gewarnt

Jendretzky war sechs Monate in diesem Amt, als er Ulbricht anläßlich einer Tagung des Po-

litbüros die erste deutliche Warnung über die tatsächliche Lage in Berlin zukommen ließ. Es kam zu einem ersten scharfen Auftritt zwischen dem SED-Chef und seinem Berliner Parteisekretär. Was Ulbricht nicht sehen wollte, sah Jendretzky mit dem Instinkt des alten „Kontakters“: So war Berlin nicht beizukommen, mit Blockade, Terror und unsinnigen Parolen.

Jendretzky war Kandidat des Politbüros. Mit Zaisser und Herrnstadt verband ihn eine weitgezogene politische Aufgabenstellung. Nach dem 17. Juni begann die Mehrheit der SED-Politbüros gegen Ulbricht zu opponieren. Jendretzky schlug sich auf die Seite Zaissers, in der Annahme, dieser würde mit Ackermann und Herrnstadt zusammen eine neue Parteiführung bilden. Ulbricht siegte, die „Verschwörer“ mußten sich vor einem Parteigericht verantworten. Lediglich Zaisser wurde sofort vom MGB mit Beschlag belegt, damit er nicht etwa vor einem SED-Gremium die Interna des sowjetischen Nachrichtenapparates in Deutschland ausplaudere.

Nur eine Geste ...

Jendretzky wurde Vorsitzender des Rates des Bezirks Neubrandenburg und untergeordneter Provinz-Parteisekretär. Genossen, die ihn in den letzten Jahren sprachen, berichten über seine offenkundige Antipathie gegen jede neue Tätigkeit im Apparat. Jendretzky ist lustlos geworden. Sein neues Amt geht kaum auf seine Initiative zurück. Ulbricht nahm ihn, weil er der Harmloseste unter den damaligen „Verschwörern“ ist. Und der einzige, der seine „Fehler“ offizjell bereute. Jendretzky ist nicht der Typ eines Märtyrers, darum ist er auch nicht gefährlich für jene, die ihn gestern degradierten. Seine Nominierung: Eine Geste. Seine „Kommission“: Ein besserer, parteiinterner Scherz...

SED gesteht Rechtsunsicherheit ein

Aber nur betroffene Kommunisten werden frei

SED-Sekretär Ulbricht hat in seiner kürzlichen Ansprache auf der Berliner Bezirkspartei-Konferenz zugegeben, daß Staatssicherheitsdienst und Justiz in den letzten Jahren zahlreiche Übergriffe begangen hätten, die zu revidieren wären. Er knüpfte an diese Feststellung einige nichtssagende Bemerkungen über die Rechtsunsicherheit in der Sowjetzonenrepublik. Inzwischen wurden tatsächlich einige hauptsächlich nach dem 17. Juni verhaftete Personen freigelassen, allerdings — ausnahmslos Kommunisten. Ist ihre Entlassung ein Auftakt für eine allgemeine Wiederherstellung der Rechtssicherheit, oder werden hier nur Parteiflinge bereinigt, von denen die Tausende unschuldig verhafteter Zonenbewohner nicht profitieren?

Die Tendenz ist eindeutig: Ulbricht ist zu ähnlichen Maßnahmen gezwungen wie das Moskauer Politbüro. Eine ganze Reihe wegen antistalinistischer Vergehen verhafteter Kommunisten muß auf Grund der neuen Direktiven freigelassen werden. Dazu kommen Übergriffe, die dem SED-System schwer geschadet haben: Die Verschleppung eines leitenden Chefarztes, die Verurteilung qualifizierter Ingenieure oder die Strafversetzung führender Wirtschaftswissenschaftler, deren Theorien über Nacht zur neuen ökonomischen Lehre geworden sind. Diese Personen sind neben einigen alten Kommunisten die einzigen, für die sich die neue SED-Kommission „zur breiten Entfaltung der Demokratie“ interessiert.

Was wird geschehen?

Was kommen wird, ist leicht vorauszusagen. Der neuen SED-Kommission gehören SED-Minister Wollweber und Justizminister Hilde Benjamin an. Würden diese die bisherige Rechtsunsicherheit zugeben, müßten sie über sich selbst zu Gericht sitzen. So wird man einige „Pannen“-Fälle revidieren, ohne auch nur im geringsten an eine Änderung des Systems zu denken.

Jene Sowjetzonenbewohner aber, die wegen ihrer politischen Einstellung zum Regime oder oftmals wegen geringfügiger Kollisionen mit den Staatsverwaltungen zu jahrelangen Haftstrafen verurteilt wurden, werden von dieser merkwürdigen Kommission überhaupt nicht erfaßt.

Das aber ist der Punkt, über den die Öffentlichkeit jetzt diskutieren muß! Was nützt eine auf parteiinterne Streitigkeiten beschränkte „Wiederherstellung

der Rechtssicherheit“, wenn der Terror und laufende Verfassungsbruch immer weitere Ausmaße annimmt? Gerade in den letzten Monaten sind unzählige Verhaftungen wider jedes geltende Recht erfolgt, ohne daß man auch nur daran denkt, die Betroffenen freizulassen. Die 17.-Juni-Inhaftierten haben überhaupt keine Aussicht, auf diese Art freizukommen oder auch nur eine Überprüfung ihrer Urteile zu erreichen. Zahlreiche bürgerliche Politiker sitzen seit 1946 in den Zuchthäusern der Zone. Kein Mensch spricht von ihnen. Zum großen Teil sind es Leute, die bereits unter Hitler im Zuchthaus waren. Auch die Sowjets haben nach den Moskauer Prozessen Stalins so etwas unternommen, indem sie zahlreiche verurteilte Wissenschaftler — zur Zwangsarbeit entließen! Hier werden krasse Rechtsbrüche rückgängig gemacht, um die Zonenflucht der Intelligenz zu stoppen, um die

wider alle Vernunft erfolgten Massenverhaftungen führender Kräfte der Industrie und des Staatsapparates auszugleichen. Was aber geschieht mit jenen Zehntausenden von Menschen, die die SED im Augenblick nicht für die Erreichung ihrer politischen und wirtschaftlichen Ziele braucht? Gibt es für sie keine Rechtssicherheit, weil sie unbedeutend sind?

Wie hier Recht nach der Person gesprochen wird, zeigte sich dieser Tage im Stahlwerk Brandenburg. Dort kam ein Werksingenieur aus der SSD-Haft zurück, ohne den man in der betreffenden Abteilung einfach nicht weiterarbeiten konnte. Vier Arbeiter der gleichen Abteilung, die am 17. Juni wegen einer Streikaktion verhaftet worden waren, werden dagegen noch bis zum Jahre 1965 am gleichen Ort im Zuchthaus sitzen, weil man sie noch entbehren kann!

So bleibt alles Farce, nichts wird sich ändern an der Art dieses Systems. Man wird Parteistrafen in einigen Mitgliedsbüchern streichen, ein paar Spitzenkräfte der Industrie, ohne die man den neuen Fünfjahrplan nicht schaffen kann, aus den Zuchthäusern holen. Die dreifache Anzahl politisch aufrechter Menschen wird ihren Platz in den Gefängnissen der Zone einnehmen, weil sie den Betrug durchschauen, den man heute seitens der SED unter dem Mantel einer „Demokratisierung“ betreibt.

„Volksfeinde“ tauchen wieder auf

Stalins Säuberungsaktionen werden korrigiert

Moskau (AP). Nachdem Stalin auf dem letzten Parteikongreß in Moskau entthront und diffamiert worden ist, tauchen jetzt die ersten Opfer seiner blutigen Diktatur, soweit sie noch am Leben sind, aus der Verbannung auf.

Als erster ist einer der ältesten Bolschewisten, Andrei S. Bubnow, ein Kampfgefährte Lenins, nach 19jähriger Verbannung nach Moskau zurückgekehrt. Bubnow war einstmals Mitglied des Politbüros und Chef der politischen Sektion der Sowjetarmee. Als Stalin 1937 die große „Säuberungsaktion“ in der Armee durchführte, ver-

schwand Bubnow, und man vermutete, er sei erschossen worden.

Im Museum der Sowjetarmee in Moskau wurde am Donnerstag ein Porträt des 1949 spurlos verschwundenen früheren stellvertretenden Ministerpräsidenten Nikolai A. Wosnessenskij ausgestellt. Man glaubt, daß Wosnessenskij 1949 verhaftet und erschossen worden ist. Es heißt, kommunistische Parteiführer hätten damals Stalin empfohlen, den Verhafteten zu zehn Jahren Gefängnis zu verurteilen, Stalin aber habe die Worte „zehn Jahre“ durchgestrichen und an ihre Stelle „zu erschießen“ gesetzt.

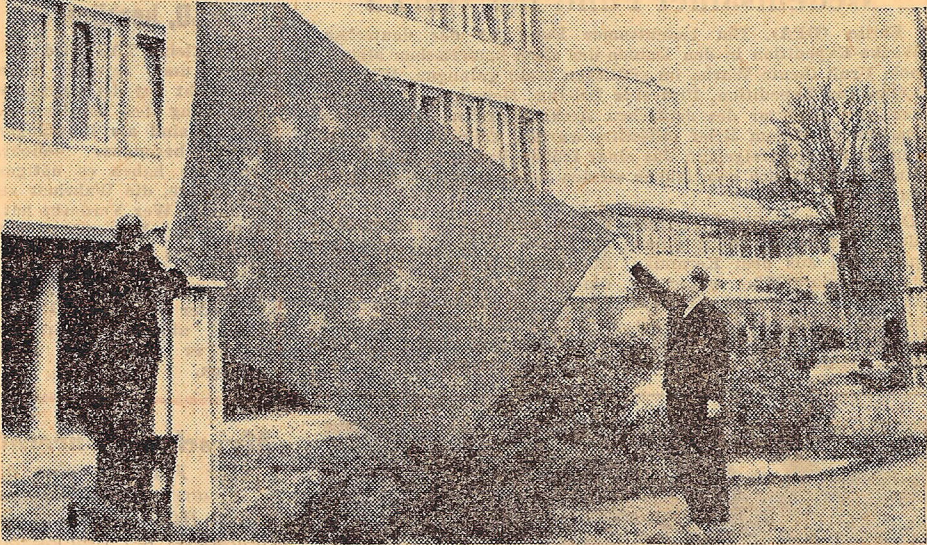


BILD DER WOCHE: Die Europa-Fahne wehte am Bundeshaus, als der Bundestag in Bonn mit der ersten großen Europa-Debatte begann. Die Fahne ist kobaltblau und trägt in der Mitte einen Kreis mit zwölf chromgelben Sternen.

Diese Selbstkritik fehlte

(Fortsetzung von Seite 2)

entsetzten Anhänger, ob es denn gar keine Opponenten gegeben habe, die Antwort: „Ja, wohl, aber sie wurden verhaftet.“ Herr Ulbricht allerdings wurde nicht verhaftet, denn er hatte nicht opponiert.

Woher nimmt dieser Mann die Kühnheit, vor seine Partei hinzutreten und ihr Vertrauen zu verlangen? Woher nehmen er und die ganze kommunistische Führung dieser sozialistischen Einheitspartei den Mut, von ihren Anhängern Opfer zu verlangen? Von ihnen zu erwarten, daß sie gefährliche Aufträge übernehmen, ihre Freiheit riskieren, vielleicht ihr Leben? Wäre es nicht Aufgabe der Führer gewesen, Beispiel zu geben und auch auf die Gefahr der Verhaftung hin zu opponieren gegen einen Mann und ein

System, das den Weg des Verfolgungswahns und Massenmordes ging, wie sie jetzt bekennen? Natürlich, Ulbricht ist wie seine Genossen Materialist und Atheist. Für ihn gibt es nichts als dieses eine Leben, er will es nicht durch Verhaftung beenden lassen, wie es nach seinen Worten „Postjtschew, Wosnessensky und anderen“ ergangen ist. Wenn er sich einen Sinn für Moral und sittliches Empfinden bewahrt hätte, müßte er beschämt seine Ämter hinwerfen, sich der Feigheit und des Verrats an der Idee bezichtigen und in den äußersten Winkel des roten Teils dieser Erde verkriechen!

Weiterhin Terror

Nun, nichts von dem ist in diesen Tagen drüben geschehen. Eine solche Selbstkritik fand nicht statt, Ulbricht, der keinen Widerspruch vertragen kann, legte ein Lippenbekenntnis zur kollektiven Führung ab und wird weiterhin den Terror-

apparat zu gebrauchen suchen, wie er es bisher getan hat — und das hat er bei seinem toten „großen Lehrer“ wirklich gelernt. Wir müssen uns einstellen damit abfinden, genauso wie seine Partei. Für die SED brauchen wir dabei kein Mitleid zu haben, wohl aber für die siebzehn Millionen Deutschen, über die diese Partei und durch sie dieser Ulbricht Macht hat. In diesen Tagen waren mit der internationalen Union christlicher Demokraten auch führende Männer des freien Europa hier, um das Ost-West-Problem gewissermaßen an Ort und Stelle zu studieren. Was sie hier gewinnen konnten, war nicht nur die Erkenntnis von der Unerträglichkeit der anhaltenden Spaltung Deutschlands, sondern auch der Wille, gemeinsam alles zu tun, um die Spaltung und damit diese unhaltbaren Zustände im kommunistisch beherrschten Teil Deutschlands zu überwinden.

Bedeutsamer Fund bei Warka

Berlin (DPA). Ein bedeutsamer Fund ist der deutschen Warka-Expedition in den Ruinen der alten sumerischen Metropole Uruk (heute Warka im südlichen Irak) gelungen. Wie der Leiter der Expedition, Professor Dr.-Ing. Heinrich Jakob Lenz, der Direktor des deutschen Archäologischen Instituts in Bagdad, in einem Brief mitteilte, wurden Teile eines Bestattungsgebäudes freigelegt, das einer frühen Periode sumerischer Kultur, vermutlich dem frühen vierten Jahrtausend vor Christus entstammt.

Das im Tempelbezirk freigelegte Gebäude enthält einen Opferraum, aus dem Keramik- und Marmorgefäße geborgen wurden. Im erst teilweise freigelegten Korridor, der den Hauptraum umgibt, kamen große Mengen wertvoller Kera-

miken und große, zusammenhängende Flächen kostbarer Steinintarsien zum Vorschein, die an Schönheit den berühmten Funden von Ur nicht nachstehen. Die Expeditionsteilnehmer rechnen mit neuen, wertvollen Grabungsergebnissen.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.



Marsch ins Unrecht

Unser Foto ist eine der neueren Aufnahmen, die von Hilde Benjamin, Justizminister der Sowjetzone, gemacht wurden. Es zeigt sie beim Abschreiten einer Ehrenkompanie nach der Begrüßung eines hohen Gastes aus Moskaus Satellitenbereich. Der Gast ist uninteressant. Bemerkenswert aber: die stramme Haltung der „roten Hilde“, ihr verkniffenes Gesicht und der unweibliche Soldatenschritt. Diese Frau hat in ihrer Justizpraxis einen pathologischen Haß gegen alles Nichtkommunistische entwickelt. Ist es persönliche Rache, ist es ideologischer Fanatismus? Wir wissen nur, daß sie als die juristische Exponentin des Kommunismus auf deutschem Boden herausgestellt wird und mit einer Gefühllosigkeit, die keine Gnade, kein Mitleid kennt, in ihrem Wirkungsbereich die Befehle Moskaus ausführt. Nach den Absagen Chrustschows und Ulbrichts an Stalin müßte auch sie verpflichtet sein, das, was man heute als „Verletzung der Gesetzlichkeit“ der Stalinära zuschiebt, wieder rückgängig zu machen.